

*Forum-Land-Sprecher NR Eder sieht sich bestätigt*

## Breite Front gegen Öffnungszeiten Handel

**In seiner Ablehnung, die gesetzlichen Öffnungszeiten im Handel von derzeit 66 auf 72 Stunden auszuweiten, bestätigt wird NR Sebastian Eder vom Forum Land Tirol. Anfang März endete die Begutachtungsfrist für das Öffnungszeitengesetz. In einem Großteil der bisher eingelangten Stellungnahmen wird die Ausweitung der Ladenöffnung abgelehnt.**

Erfreut ist der Sprecher von Forum Land Tirol, einer Organisation zur Stärkung des ländlichen Raums, über die einheitliche Vorgangsweise Tirols. „Die Stellungnahmen aus Tirol sprechen alle die gleiche Sprache“, berichtet Nationalrat Sebastian Eder. Die Bedenken betreffen vornehmlich die Nahversorgungsstruktur in den ländlichen Gebieten sowie Wettbewerbsnachteile für kleine und mittelständische Betriebe, aber auch die Arbeitsbedingungen für die Handelsangestellten.

Trotzdem werde es schwierig, die geplante Ausdehnung auf eine Wochenöffnungszeit von 72 Stunden zu verhindern, glaubt NR Sebastian Eder. Mächtige Organisationen wie der SPÖ-dominierte Städtebund hätten sich für eine Liberalisierung der Ladenöffnung ausge-

sprochen. Aber auch die Bundesländer Wien und Oberösterreich plädieren dafür, dass die Geschäfte länger offen halten. Extrempositionen nehmen die Industriellenvereinigung, die sogar die Sonntagsruhe infrage stellt, und der Handelsverband ein, der eine Ausweitung der Öffnungszeiten auf 96 Stunden pro Woche fordert.

### Verlagerung der Kaufkraft

Forum-Land-Sprecher NR Sebastian Eder will aber weiter dafür kämpfen, dass es auch in Zukunft bei einer Wochenöffnungszeit von 66 Stunden bleiben kann. Die Argumente sieht der Bürgermeister einer ländlichen Kleingemeinde im Tiroler Unterland, Hochfilzen, auf seiner Seite: „Nur weil gewisse Geschäfte länger offen halten, haben die Menschen nicht mehr Geld in der Tasche. Es findet lediglich eine Verlagerung der Kaufkraft in die Ballungszentren und zu den Handelsriesen hin statt“, ist sich Eder sicher. Für die Handelsangestellten, von denen zwei Drittel Frauen sind, würde es aller Voraussicht nach zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen kommen.

C.E.M.